



**Staatliche Industriepolitik versus soziale  
Marktwirtschaft**  
**– am Beispiel der Energie- und Klimaschutzpolitik**

Schriftenreihe des Kuratoriums  
Band 13



©Andy Poecking

**Anja Siegesmund**  
**Ministerin für Umwelt, Energie und Naturschutz des**  
**Freistaates Thüringen**

*Siegesmund erarbeitete mit ihrem Ministerium den Entwurf für das erste Klimagesetz in den neuen Bundesländern, das Ende 2018 vom Thüringer Landtag verabschiedet wurde.*

*Von 2009 bis 2015 war Siegesmund Mitglied des Thüringer Landtages und bis 2014 Fraktionsvorsitzende von Bündnis90/Die Grünen im Thüringer Landtag. Im Oktober 2019 wurde Siegesmund erneut für Bündnis90/Die Grünen in den Thüringer Landtag gewählt. Siegesmund studierte Politikwissenschaft, Germanistik und Psychologie in Jena und den USA.*

# **In Klimaschutz investieren – Wohlstand sichern**

*Anja Siegesmund*

## **Die Klimakrise ist bei uns angekommen**

Abgestorbene Bäume, ausgetrocknete Flüsse, ausbleibende Ernten. Die Hitze- und Dürresommer der letzten beiden Jahre haben dazu beigetragen, dass die Diskussion um die Ursachen und Folgen der Klimakrise in einem hohen Maße die politische und gesellschaftliche Debatte bestimmt. Die Veränderungen sind mittlerweile auch bei uns in Deutschland, in Thüringen spürbar und Wissenschaft, Bürgerinnen und Bürger und eine kraftvolle Jugendbewegung fordern zu Recht von Politik und Wirtschaft konsequentes Handeln für eine lebenswerte Zukunft.

Wie der Deutsche Wetterdienst um den Jahreswechsel verkündete, war 2019 das drittwärmste Jahr seit Beginn der Wetteraufzeichnungen – hohe Trockenheit, ein neuer deutscher Hitzerekord und mehr Sonnenstunden als üblich. Auch die CO<sub>2</sub>-Konzentration in der Atmosphäre erreichte 2019 einen Höchststand. Rekorde bezüglich Wetter und Klima werden offensichtlich zur Normalität und der Weltklimarat IPCC hat aufgezeigt, dass menschliche Aktivitäten bereits einen Temperaturanstieg von 1 Grad Celsius gegenüber vorindustriellen Werten verursacht haben, auf den Landmassen im Durchschnitt bereits sogar 1,5 Grad Celsius. Die Klimaänderungen bedrohen Ökosysteme und damit ganz allgemein die Lebensgrundlagen in vielen Regionen der Erde. Sie betreffen viele Lebensbereiche: berufliche Grundlagen von Forst- und Landwirtschaft, Rohstoffpreise, die Arbeitsgrundlagen von Unternehmen, Stadt- und Kommunenplanung genauso wie das private Leben. Die Notwendigkeit des Klimaschutzes bringt daher auch neue Anforderungen und verlangt Veränderungsbereitschaft von allen Beteiligten im Zeitalter des Anthropozäns.

## **Herausforderungen annehmen**

Die vielfältigen Auswirkungen und künftigen Gefahren für die Lebensgrundlagen vor Augen hat sich die Weltgemeinschaft 2015 in Paris auf ambitionierte und weitreichende Ziele verständigt. Die Erderwärmung soll im Vergleich zum vorindustriellen Niveau auf deutlich unter 2 Grad Celsius, möglichst 1,5 Grad Celsius, begrenzt und in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts Treibhausgasneutralität erreicht werden. Mit dem Übereinkommen von Paris nehmen sich hier erstmals alle Staaten gemeinsam in die Pflicht.

Klimaschutz, die Anpassung an die Folgen der Klimakrise wie auch die Energiewende gehören zu den größten globalen, nationalen und regionalen Herausforderungen. Sie sind politischer und gesellschaftlicher, aber ganz wesentlich auch technologischer und wirtschaftlicher Natur und bedeuten in der Konsequenz eine Dekarbonisierung der Wirtschaft und damit einen

grundlegenden Umbau unserer derzeitigen Wirtschaftsweise. Dies erfordert – weltweit – einen weitreichenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandel. Hinzu kommt, dass die Transformation zu einer treibhausgasneutralen Wirtschaftsweise in einem vergleichsweise kurzen Zeitraum zu erfolgen hat.

In diesem Zusammenhang stellt sich natürlich die Frage nach Rolle und Verantwortung des Einzelnen genauso wie der Politik, deren Aufgabe es ist, klare und langfristige Ziele zu setzen sowie glaubwürdige und konsistente Rahmenbedingungen zu schaffen. Dies gilt insbesondere mit Blick auf die Unternehmen. Andernfalls verzögern sich Investitionen und notwendige Entscheidungen, die die Entwicklung klimaschonender und effizienter Technologien unterstützen. Nur bei Klarheit über die langfristige Ausrichtung können sich Unternehmen adäquat auf neue Märkte, Technologien und Wirtschaftsweisen einrichten. Aufgrund der teilweise langen Innovations- und Investitionszyklen in der Industrie brauchen wir daher bereits heute die richtigen Impulse in Richtung Klimaneutralität.

Der konsequente Einsatz gegen die Ursachen und der Umgang mit den Folgen der Klimakrise sind so weitreichende Herausforderungen, dass zwangsläufig langjährige Gewohnheiten, zu wirtschaften als hätten wir eine zweite Erde, auf dem Prüfstand stehen. Dabei geht es nicht darum, sich vom deutschen Erfolgsmodell der Sozialen Marktwirtschaft zu verabschieden, das durch die Verbindung von Freiheit auf dem Markt mit sozialem Ausgleich Deutschland über viele Jahrzehnte Wohlstand gebracht hat. Dieser Ansatz ist nach wie vor richtig. Es geht vielmehr darum, die Soziale Marktwirtschaft auf Basis der heutigen Herausforderungen zu interpretieren und um einen ökologischen Aspekt zu erweitern, hin zu einem Green New Deal.

Dabei steht das Energiesystem besonders im Fokus, da der überwiegende Teil der vom Menschen verursachten Treibhausgasemissionen energiebedingt ausgestoßen wird. Damit ist für eine Verringerung der Treibhausgasemissionen die Transformation des Energiesystems weg von fossilen hin zu erneuerbaren Energien das Schlüsselement. Zentral für eine erfolgreiche Energiewende ist der schnellere Ausbau der erneuerbaren Energien. In diesem Zusammenhang ist die Bundesregierung gefordert, mit den Ländern ein Mengen- und Zeitgerüst für die Entwicklung des Energiemixes in Deutschland vorzulegen, um eine verlässliche Basis für den Ausbau der verschiedenen erneuerbaren Energieerzeugungsarten und Transportkapazitäten für Strom und Gas zu entwickeln. Zudem braucht es weitere Anstrengungen, um den Verbrauch zu flexibilisieren und den Markt und die Technologien für erneuerbare synthetische Energieträger weiter zu etablieren. Die Transformation des Energiesystems wirkt letztendlich auf alle Sektoren.

Um den Umbau des Energiesystems und die Klimaziele erreichen zu können, braucht es ein Bündel an Maßnahmen, klare Ziele, eine entschlossene Politik diese zu erreichen, ein konsequentes Monitoring sowie Information und Beteiligung. In einer demokratischen Gesellschaft ist auch Klimapolitik nur dann

durchsetzbar, wenn sie auf Akzeptanz stößt. Eine Klimapolitik, die Wirtschaft und Gesellschaft auf dem Weg zur klimaneutralen Wirtschaftsweise begleitet, muss aus einem Dreiklang bestehen:

- Anreize und Förderungen
- ordnungsrechtliche Maßnahmen
- ein wirksames System der CO<sub>2</sub>-Bepreisung als Kernelement einer effizienten Klimapolitik

Mit dem Brennstoffemissionshandelsgesetz wurde bezüglich des dritten Punktes ein wichtiger Schritt getan. Im Zuge des Vermittlungsverfahrens zum Gesetz zur Umsetzung des Klimaschutzprogramms 2030 im Steuerrecht konnten hier Verbesserungen erreicht werden, sodass die CO<sub>2</sub>-Bepreisung auch eine Lenkungswirkung erreichen kann.

## **Technologieoffenheit**

Der Weg zu einer treibhausgasneutralen Gesellschaft ist nur dann möglich und mehrheitsfähig, wenn wir in den Industrieländern uns aus der Komfortzone heraus bewegen und sich den Menschen in weniger entwickelten Ländern Perspektiven für mehr Wohlstand und Lebensqualität bieten. Damit ist Innovation ein Schlüssel auf dem Weg zu einer treibhausgasneutralen Gesellschaft. Nur mit innovativen Produkten, Verfahren und Prozessen in der Produktion, im Bereich der Mobilität und bei der Energieversorgung sind Emissionssenkung und Wohlstand für eine wachsende Weltbevölkerung erreichbar.

Technologische Entwicklungen sind nicht vollständig vorhersehbar und damit auch nicht der Beitrag, den bestimmte Technologien im Einzelnen zur Emissionsminderung und zum Umbau des Energiesystems leisten können. Es gibt nicht die eine Technologie oder die einzelne Maßnahme. Es ist vielmehr eine Vielzahl verschiedener Bausteine für ein klimaverträgliches Energiesystem und eine treibhausgasneutrale Wirtschaftsweise notwendig. Insoweit muss die Politik den Akteuren einen Rahmen und Ziele vorgeben, innerhalb derer sie im – technologieoffenen – Wettbewerb die besten Lösungen entwickeln können. Dabei muss angesichts der Erzählung von Technologieoffenheit immer klar sein: Die Zukunft unseres Energiesystems ist dezentral, regional und erneuerbar. Hier sei auch an die Verständigung in Deutschland zum Ausstieg aus der Atomkraft erinnert.

Es ist absolut notwendig, bestimmte technologische Entwicklungen politisch zu flankieren, um den strukturellen Wandel zu unterstützen. Das gilt beispielsweise für Entwicklungen zur Anwendung von Wasserstoff. Die Thüringer Landesregierung unterstützt hier beispielsweise den Einsatz eines Wasserstoff-Brennstoffzellentriebwagens auf der Strecke der Schwarzatalbahn (Rotenbach – Katzhütte). Hier ist es das Ziel, dass Wasserstoff-Brennstoffzellen-

züge mit Wasserstoff aus erneuerbaren Energien im Dauerbetrieb durch das Schwarzwald fahren.

Die Klimakrise ist ein globales Problem, insoweit ist es durchaus sinnvoll, für eine Gesamtbeurteilung technologiepolitischer Maßnahmen in Deutschland eine globale Perspektive einzunehmen. Die Energiewende in Deutschland, mit der starken finanziellen Förderung der erneuerbaren Energieträger, hat beispielsweise dazu beigetragen, dass sich Technologien entwickelt haben und kostengünstiger geworden sind. So sind diese Technologien auch für ärmere Regionen nutzbar geworden. Dieser Teil der Energiewende in Deutschland und Thüringen hat damit auch einen Beitrag zu einer sichereren, bezahlbaren und klimaverträglichen Energieversorgung in anderen Staaten geleistet wie auch zur Treibhausgasminde rung weltweit.

### **Nationale Betrachtung greift zu kurz**

Aufgrund der globalen Dimension der Klimakrise und der weltweiten wirtschaftlichen Verflechtungen greift eine allein nationale Betrachtungsweise ohnehin zu kurz. Die Ausgestaltung unseres Wirtschaftssystems und unseres klima- und wirtschaftspolitischen Instrumentariums in Deutschland darf weder Deutschlands Verankerung im europäischen Binnenmarkt, noch den globalen Wettbewerb außer Acht lassen. Die Klima- und Energiepolitik Deutschlands ist eben immer auch mit Blick darauf zu beurteilen, welche Wirkung sie außerhalb Deutschlands hat, denn der deutsche Beitrag beschränkt sich eben nicht nur auf die unmittelbare Reduktion der Treibhausgasemissionen im eigenen Land. Deutschland kann international eine Vorbildrolle einnehmen, vor allem wenn Deutschland zeigen kann, dass Klimaschutz und industrielle Produktion gut miteinander vereinbar sind.

Die Europäische Union setzt bereits heute wichtige Vorgaben, die den nationalen Handlungsspielraum begrenzen: mit verbindlichen klimapolitischen Zielen, dem europäischen Emissionshandel, Vorgaben zum Ausbau der Erneuerbaren und zur Verbesserung der Energieeffizienz. Die Europäische Kommission will die Europäische Union konsequent auf Treibhausgasneutralität ausrichten. Grundzüge dieser Strategie hat die Kommission Ende 2019 in ihrer Mitteilung „Der europäische Grüne Deal“ vorgelegt und im Januar mit Vorschlägen konkretisiert. Beim „Grünen Deal“ handelt es sich um eine neue Wachstumsstrategie „mit der die EU zu einer fairen und wohlhabenden Gesellschaft mit einer modernen, ressourceneffizienten und wettbewerbsfähigen Wirtschaft werden soll, in der im Jahr 2050 keine Netto-Treibhausgasemissionen mehr freigesetzt werden und das Wirtschaftswachstum von der Ressourcennutzung abgekoppelt ist.“<sup>41</sup> Ein „Grüner Deal“, wie von der Europäischen Kommission vorgeschlagen, böte so die Chance, die Position Europas im weltweiten Wettbewerb zu stärken. Diese klare Ausrichtung ist grundsätzlich sehr zu begrüßen. Zur Konkretisierung und Untersetzung sind vielfältige

Maßnahmen angekündigt. Aus industriepolitischer Sicht von besonderer Relevanz sind hier die EU-Industriestrategie, der Vorschlag für ein CO<sub>2</sub>-Grenzausgleichssystem für ausgewählte Sektoren sowie Initiativen zur Förderung von Leitmärkten für klimaneutrale und kreislauforientierte Produkte in energieintensiven Industriezweigen.

Das ist gerade mit Blick auf die globalen Wettbewerber in Asien und Amerika sinnvoll, denn diesbezüglich ist nur ein gemeinsames Vorgehen auf europäischer Ebene Erfolg versprechend. Wenn andere Länder mit staatlicher Unterstützung zukunftssträchtige Wirtschaftsbereiche fördern, mit dem Ziel, in diesen Bereichen eine dominierende Position zu erlangen, kann Europa nicht abwarten und zuschauen. Insoweit gilt: „Keine Industriepolitik ist auch keine Lösung“<sup>2</sup>, wie es Jens Südekum formuliert, Professor für internationale Volkswirtschaftslehre an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf. Zu groß wäre die Gefahr, dass Europa seine gute Ausgangsposition auf dem Wachstumsmarkt grüner Technologien verspielt.

## **Industrie in einer Doppelrolle**

Um die klimapolitischen Ziele zu erreichen, müssen alle Sektoren ihre Emissionen senken und ihre Prozesse und Handlungsweisen anpassen. Die Industrie hat hier eine Doppelrolle. Zum einen muss der Industriesektor seine eigenen CO<sub>2</sub>-Emissionen senken und dafür Strategien entwickeln. Das Bundes-Klimaschutzgesetz fordert für den Industriesektor bis 2030 eine Emissionsminderung von rund 50 Prozent im Vergleich zu 1990. Zum anderen kann und muss die Industrie mit ihren Produkten die Voraussetzungen schaffen, dass Treibhausgasemissionen über alle Sektoren hinweg erreicht und die Erderwärmung begrenzt werden kann. Dazu werden Produkte und Dienstleistungen benötigt, die zur Reduktion des Ressourcenverbrauchs und Senkung der Treibhausgasemissionen führen.

Hier kann die Politik mit Informationsangeboten, durch Vernetzung und gezielte Investitionsanreize das Wissen zu Energieeffizienz und klimaverträglichem Wirtschaften erweitern und das Entscheidungskalkül auf Unternehmensseite in Richtung Klimaschutz und Effizienz beeinflussen. Unternehmen in Thüringen profitieren bei der Identifikation und Umsetzung von Effizienzmaßnahmen vom Förderprogramm Green Invest. Ziel des Programms ist es, die Energieeffizienz in kleinen und mittleren Unternehmen über die Förderung von Beratung und aus der Beratung abgeleitete Investitionen zu steigern. Mit Hilfe der Förderung installierte beispielsweise ein Porzellanunternehmen ein effizientes Wärmerückgewinnungssystem. Andere Unternehmen nutzten das Programm u. a. für den Austausch der herkömmlichen Leuchtmittel gegen LED.

Hinzu kommt bei Unternehmen die Sorge über eine zu weitgehende klimabezogene Regulierung und steigende Energiekosten – zum einen unmittelbar,

zum anderen über eine CO<sub>2</sub>-Bepreisung. Steigende Energiekosten bringen dann Wettbewerbsnachteile und die Gefahr von Arbeitsplatzverlusten und Produktionsverlagerungen, insbesondere wenn die Energiekosten deutlich über den Kosten der Wettbewerberinnen und Wettbewerber liegen. Hier ist die Politik gefordert, bei der Belastung der Energie mit Steuern und Abgaben die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen zu berücksichtigen.

Im Blick behalten werden sollte aber auch, dass Energiewende und Klimaschutz auch Investitions- und Modernisierungstreiber sowie Jobmotor sind. Alle Staaten sind in der Verantwortung, ihren Beitrag zur Emissionssenkung und zu einem fairen und sozial gerechten Umgang mit den Folgen der Klimakrise zu leisten. In vielen Staaten muss das parallel zu wachsenden Ansprüchen der Bevölkerung erfolgen. Damit werden weltweit Bedarf und Nachfrage nach klimaverträglichen Technologien und Geschäftsmodellen steigen. Die breit aufgestellte, exportorientierte Industrie in Deutschland kann hier sowohl kurz- als auch langfristig von den wachsenden Klimaschutzmärkten profitieren. Die Entwicklung von wettbewerbsfähigen treibhausgasneutralen und ressourceneffizienten Technologien, Verfahren und Produkten kann so die Position der deutschen Industrie sichern und stärken.

Damit die Industrie die Herausforderungen meistern und die Chancen nutzen kann, sind Politik und Wirtschaft gleichermaßen gefordert, wobei nur gemeinsames Handeln erfolgversprechend ist. Ein Gelingen von Energiewende und Minderung der Treibhausgasemission liegt in beider Interesse. Die Politik muss dabei die Rahmenbedingungen setzen und mit ihrer Energiepolitik neben der Klima- und Umweltverträglichkeit die Wettbewerbsfähigkeit und Versorgungssicherheit in den Blick nehmen. Klima-, Energie- und Industriepolitik sind integriert zu betrachten. Bei der Industriepolitik kann es dabei nicht darum gehen, Strukturen zu konservieren, sondern es sind Voraussetzungen zu schaffen, dass sich die Industrie an sich ändernde Marktgegebenheiten und Entwicklungen anpassen und dabei die weltweiten Entwicklungen, wie Klimaschutz, Ressourceneffizienz und Digitalisierung aufgreifen kann. Ziel ist der Erhalt einer leistungsfähigen Industrie in Deutschland und Europa. Industriepolitik bedeutet hier eine Politik für Innovationen und Investitionen, die die langfristigen Herausforderungen in den Blick nimmt, das Klima schützt, Ressourcen schont, nachhaltiges Wachstum und Beschäftigung schafft.

Gleichzeitig müssen sich die Unternehmen auf das Ziel einer treibhausgasneutralen Wirtschaft einstellen und ihre Emissionen senken, dabei aber weiterhin auf einen attraktiven Produktionsstandort Deutschland zählen können. Die Unternehmen sollten die Chancen, die die Entwicklungen und neuen Märkte bieten, frühzeitig erkennen und nutzen. Sie sollten gemeinsam mit Politik und Gesellschaft die Energiewende gestalten. Bei einer zu abwartenden Haltung in Bezug auf Klimaschutz droht, dass die heimischen Unternehmen im weltweiten Wettbewerb an Boden verlieren.

## Handeln auf Landesebene

Global denken – lokal handeln. Die Bundesländer müssen ihren Beitrag zur Senkung der Treibhausgasemissionen leisten und dabei als Standort wirtschaftlich erfolgreich und lebenswert sein. Im Rahmen der europäischen und nationalen Vorgaben leisten die Länder ihren wichtigen Beitrag für attraktive Rahmenbedingungen, setzen mit konkreten Einzelmaßnahmen Impulse, stoßen Entwicklungen an und beschleunigen und begleiten diese. Die Themen Klimaschutz und Energiewende sind ein Kernbestandteil der politischen Agenda in Thüringen. Es geht darum, einen Beitrag zum Erreichen des 2-Grad-Ziels zu leisten und in diesem Zusammenhang eine Energiewende zum Wohle des Landes zu gestalten, die dezentral, regional und erneuerbar ist. Mit einer klugen Klima- und Energiepolitik soll Thüringen zukunftsfest gemacht werden. Dazu gehört, die Wertschöpfungspotenziale vor Ort zu erschließen, die sich aus Klimaschutz und Energiewende ergeben.

Denn auch in Thüringen kann nur der klimapolitisch notwendige Umstieg auf erneuerbare Energien und nicht fossile Wirtschaftsprozesse langfristig Wohlstand und Arbeitsplätze sichern. Dazu muss der Strukturwandel gestaltet und müssen innovative Lösungen entwickelt werden. Auch in Thüringen bedeutet eine erfolgreiche Klimapolitik im Bereich der Industrie, die Emissionen konsequent und kontinuierlich zu mindern, ohne die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und den Wirtschaftsstandort zu schwächen.

Die grünen Technologien sind in Thüringen bereits ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Umwelt- und Klimaschutz treiben die wirtschaftlichen Entwicklungen und Innovationen im Land an. Umweltwirtschaftliche Produkte und Dienstleistungen durchdringen bereits heute die Wirtschaft in Thüringen in einem erheblichen Maße. Deutlich zeigt das die Studie zur Umweltwirtschaft in Thüringen.<sup>3</sup> Die Umweltwirtschaft – das meint hier alle Unternehmen, die umweltschützende oder umweltfreundliche Produkte und Dienstleistungen herstellen und anbieten – beschäftigt in Thüringen schon rund 60.000 Erwerbstätige. Davon arbeitet rund ein Drittel in den Bereichen umweltfreundliche Mobilität sowie Energieeffizienz und Energieeinsparung. Insgesamt beträgt der Erwerbstätigenanteil rund 6 Prozent und der Umsatzanteil der Umweltwirtschaft knapp 9 Prozent an der Thüringer Gesamtwirtschaft. Damit leistet die Umweltwirtschaft in Thüringen einen wichtigen und im Vergleich zum bundesdeutschen Durchschnitt einen überdurchschnittlichen Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung. Umwelt und Wirtschaft gehören zusammen. Immer mehr Unternehmen sehen und ergreifen die Chancen, die sich aus den Herausforderungen Klimawandel und Energiewende ergeben. Grüne Technologien erfassen immer mehr Wirtschaftszweige und sind zunehmend entscheidend für internationale Wettbewerbsfähigkeit und Nachfrage auf dem Heimatmarkt. Mit grünen Ideen schwarze Zahlen schreiben, das ist hier die Devise.

Die Landespolitik will weiterhin mit stabilen und verlässlichen Rahmenbedingungen auf der einen und gezielten Förderungen und Unterstützungen für die verschiedenen Akteure auf der anderen Seite einen Beitrag zur Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft in Richtung Treibhausgasneutralität leisten. Der doppelte Ansatz – Treibhausgase mindern und wirtschaftlich davon profitieren – zieht sich als roter Faden durch die verschiedenen Aktivitäten. Deutlich wird dieser Politikansatz beispielsweise im Klimagesetz, in der Klimastrategie (Integrierte Energie- und Klimaschutzstrategie) und in einem Maßnahmenpaket zur Anpassung an die Folgen der Klimakrise (IMPAKT II).

Das Thüringer Klimagesetz – seit Ende 2018 in Kraft und damit das erste in einem ostdeutschen Bundesland – gibt den Rahmen vor. Es setzt langfristige Ziele, unterstreicht die hohe Priorität der Klima- und Energiepolitik, will Klimaschutz und Klimafolgenanpassung noch stärker im Bewusstsein der Handelnden verankern, für Verbindlichkeit sorgen, die Planungssicherheit erhöhen und den langfristigen Prozess organisieren. Die Treibhausgasemissionen sollen bis 2030 gegenüber 1990 um 70 Prozent und bis 2040 um 80 Prozent sinken. Auf Minderungsziele für einzelne Sektoren wurde bewusst verzichtet. Der Energiebedarf Thüringens soll bis 2040 bilanziell durch einen Mix aus erneuerbaren Energien aus eigenen Quellen gedeckt werden. Dazu müssen die erneuerbaren Energien deutlich ausgebaut, die Energieeffizienz gesteigert und der Energieverbrauch gesenkt werden.

Mit den Zielvorgaben zur Treibhausgasminderung werden die in Thüringen bereits erreichten Minderungen und strukturelle Besonderheiten – wie fehlende konventionellen Großkraftwerke – berücksichtigt, genauso wie die Interessen und bereits erfolgten Maßnahmen der Wirtschaft gewürdigt. Darüber hinaus lässt das Ziel für das Jahr 2030 bewusst Raum für die wirtschaftliche Entwicklung der Industrie und damit eine Angleichung an das Niveau anderer Bundesländer.

Bei der Erarbeitung der Thüringer Energie- und Klimaschutzstrategie wurden u.a. folgende Ansatzpunkte für eine Reduktion der Treibhausgasemissionen im Bereich Wirtschaft herausgearbeitet:

- Energieeffizienzpotenziale noch besser ausschöpfen
- Hemmnisse bei betrieblichen Maßnahmen zur Energieeinsparung und Energieeffizienz identifizieren und verringern
- industrielle Abwärmepotenziale nutzen
- Innovationen anstoßen
- erneuerbare Strom-, Wärme- bzw. Brennstoffpotenziale nutzen
- Bewusstsein für nachhaltiges klimaverträgliches Handeln schärfen

Die Landesregierung sollte den Weg der Unternehmen begleiten mit nichtmonetären Maßnahmen (wie Vernetzungen und Informationsangeboten) sowie mit unterstützender Forschungs-, Technologie- und Investitionsförderung.

Beispielhaft hierfür steht das erwähnte und seit einigen Jahren sehr erfolgreiche Förderprogramm Green Invest. Darüber hinaus werden auch Kommunen ebenso wie Vereine, Verbände und Private bei Projekten für mehr Klimaschutz und Energieeffizienz unterstützt: mit Solar Invest (Ausbau Photovoltaik), Klima Invest für Gemeinden und Landkreise oder E-Mobil Invest zur Unterstützung des Ausbaus der Ladeinfrastruktur und die Umstellung kommunaler Fuhrparke auf Elektrofahrzeuge.

## Fazit

Die Klimakrise stellt international, national und regional Politik, Wirtschaft und Gesellschaft vor enorme Herausforderungen und fordert umgehendes, konsequentes Handeln. Die Erderwärmung zu begrenzen und dabei den Wohlstand zu sichern, muss Ziel und Leitlinie des Handelns sein. Ein Politikansatz, der langfristige Ziele und einen verlässlichen Rahmen vorgibt, Anreize für klimaverträgliches Handeln setzt und dort, wo es nötig ist, mit Fördermaßnahmen unterstützt sowie ordnungsrechtliche Leitplanken setzt, verleiht dem Transformationsprozess Schwung. Unternehmen können in diesem Umfeld die Chancen der Transformation nutzen und einen entscheidenden Beitrag für eine lebenswerte Zukunft leisten. Gleichzeitig steht den Unternehmen die Möglichkeit offen, den Transformationsprozess mitzugestalten, neue Geschäftsfelder zu erschließen und neue Märkte zu erobern. Langfristige Investitionsentscheidungen heute müssen das Ziel der Treibhausgasneutralität berücksichtigen und Wertschöpfung und Treibhausgasemissionen müssen weiter entkoppelt werden. Eine ökologisch-soziale Marktwirtschaft bietet den Rahmen, Emissionen zu senken und die Wirtschaft langfristig neu auszurichten, klimaverträglich, ressourcenschonend, nachhaltig.

### Endnoten

- <sup>1</sup> Europäische Kommission (2019), Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Europäischen Rat, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen „Der europäische Grüne Deal“, KOM(2019) 640 final, S. 2.
- <sup>2</sup> Südekum, Jens (2019), Interview „Keine Industriepolitik ist auch keine Lösung“, <https://makronom.de/jens-suedekum-keine-industriepolitik-ist-auch-keine-loesung-31970> (zuletzt abgerufen am 14.01.2020).
- <sup>3</sup> Thüringer Ministerium für Umwelt, Energie und Naturschutz (2019), Umweltwirtschaft in Thüringen, [https://www.thueringen.de/mam/th8/tmlfun/aktuell/mi/20190529\\_prognos\\_tmuen\\_umweltwirtschaft\\_web.pdf](https://www.thueringen.de/mam/th8/tmlfun/aktuell/mi/20190529_prognos_tmuen_umweltwirtschaft_web.pdf) (zuletzt abgerufen am 14.01.2020).